

Am deutschen Wesen ...

Worauf zielt der BRD-Menschenrechtsimperialismus?

Das hätte sich Emanuel Geibel 1867 nicht träumen lassen: Daß nämlich sein gerade veröffentlichtes Gedicht zum missionarischen Weltverbesserungsauftrag für das deutsche Großbürgertum und rechtskonservative Kräfte seiner Zeit sowie später der Bosse des deutschen Kapitals und ihrer politischen Marktschreier entarten würde.

„Macht und Freiheit, Recht und Sitte, klarer Geist und scharfer Hieb, zügeln dann aus starker Mitte jeder Selbstzucht wilden Trieb. Und so mag am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen.“

Das untergegangene Römische Reich Deutscher Nation wurde als „Ordnungsmacht in Europa“ beschworen und zur Genesung der Welt mit Hilfe deutschen Wesens, deutschen Hiebes und wilden deutschen Triebes bestimmt.

Mit dem Schlachtruf „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“ war die 48er Revolution blutig niedergeworfen worden. Jeder Gedanke an „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ im Sinne der Französischen Revolution sollte erstickt werden. Mit dem deutsch-französischen Krieg, mit der Beihilfe preußischer Truppen bei der Niederwerfung der Pariser Kommunisten und dann der Gründung des neuen Reiches – mit Blut und Eisen auf fremdem Boden – waren, deutschem Wesen gemäß, die politischen Eckpfeiler für neue „Ausfahrten“ zur Weltbeglückung gesetzt.

Derlei Grundwerte, wie Geibel sie in seinem Gedicht formuliert hatte, waren von Marx und Engels im Manifest treffend als „Erzeugnisse der bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse“ charakterisiert worden, als der „zum Gesetz erhobene Wille“ der bourgeoisen Klasse.

Völkische Deutschnationale und rechtskonservative Denker machten sich daran, „Sitte, klaren Geist und Selbstzucht“ wie Geibel sie besungen sehen wollte, mit entsprechendem ideologischem Gedankengut zu untersetzen.

So erhob der rechtskonservative Historiker Treitzschke die Deutschen zu „Übermenschen“ und „Zuchtmeistern“, vor allem gegenüber osteuropäischen Völkern. Nietzsche empfahl die „Züchtung der Herrenrasse“ als patriotische Aufgabe. Tönnies gab den Mythos der „Volksgemeinschaft“. Alles auch als „scharfer Hieb“ gegen den

Aufbruch der Arbeiterbewegung und die Entwicklung ihres Klassenbewußtseins zu verstehen.

Der Alldeutsche Verein sah die Deutschen als „Herrenvolk“, das sich „seinen Anspruch an der Welt selber nimmt und ihn nicht von der Gnade und dem Wohlwollen eines anderen Volkes zu empfangen sucht.“

Vom „Deutschland, Deutschland über alles ...“ bis zum „Deutschland erwache“, vom „Platz an der Sonne“ über die „Neuordnung Europas“ schließlich hin „bis alles in Scherben fällt“ führte die Blutspur des deutschen Imperialismus und seiner faschistischen Diktatur. Dem „deutschen Wesen“, dem Eroberungsdrang und den Ressourcen- und Vernichtungskrie-

mal zuvor gescheitert sind: Im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht.“

Die BRD wurde – im Sinne des von Kinkel angedeuteten dritten Versuchs – Vorreiterin der EU-Osterweiterung, nachdem die NATO das jeweilige Terrain militärisch abgesichert hatte.

Kohl setzte die „Rückkehr zur Normalität“ auf die Tagesordnung der Bundesregierung.

Sein Amtsnachfolger Schröder konkretisierte diese, indem er die „Enttabuisierung des Militärischen“ vornahm. Mit dem NATO-Überfall auf Jugoslawien avancierte das imperialistische Deutschland wieder zur Kriegspartei.

Die von der DDR kreierte politische Maxime, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, zu der sich Kohl übrigens im Ergebnis des Honecker-Besuchs in der BRD bekannte, wurde außer Kraft gesetzt. Verträge und Völkerrecht wurden und werden nunmehr gröblichst verletzt.

Die BRD, die sich stets als „Vorposten des Abendlandes“ verstanden hat, mauserte sich zur „Kernmacht“ im wieder imperialistisch beherrschten Europa. Kinkel interpretierte dann diese Funktion

als Außenminister so: „Als mit Abstand bevölkerungsreichstes Land und stärkste Volkswirtschaft in der EU haben wir nun einmal eine Leitfunktion.“

Aus solcher „Leitfunktion“ und „deutscher Leitkultur“ entspringt nach den Vorstellungen der BRD-Führung der Auftrag, anderen Regierungen und Völkern zu „erläutern“, was sie zu tun und zu lassen, wie sie die Gesellschaft zu gestalten und welche politischen Kräfte sie zu fördern haben.

Die BRD, deren politisch herrschende Kräfte die Arbeitslosigkeit von Millionen Menschen für Zwecke sozialer Verunsicherung und Lohndruck instrumentalisieren, Armut per Gesetz verordnen, 600 000 Obdachlose registrieren und den Überwachungsstaat etablieren, erdreisten sich, im Sinne ihres „missionarischen Auftrags“ die Einhaltung der Menschenrechte bei anderen einzufordern. Sie haben sogar bei der Regierung einen „Menschenrechtsbeauftragten“ installiert. Herr Noke reist durch die Welt, wie „Der Spiegel“ vermerkt, „und versucht die inneren Werte der Bundesrepublik an den



gen des deutschen Kapitals fielen im 20. Jahrhundert mehr als 60 Millionen Menschen zum Opfer.

Im westdeutschen Nachkriegsstaat blieben die Besitz- und Machtverhältnisse, die den Nährboden für die Verbrechen an den Völkern der Welt gebildet hatten, entgegen dem Vermächtnis der Antihitlerkoalition erhalten. Rechte Politiker, Wissenschaftler und Ideologen wahrten die Kontinuität „völkischer Denkauffassungen“.

Solange das sozialistische System in Europa bestand, war dem unheilvollen „deutschen Sonderweg“ ein Riegel vorgeschoben. Mit der Rückwende, nach dem Anschluß der DDR und der Rekapitalisierung der osteuropäischen Länder sahen die politischen Geschäftsführer des deutschen Imperialismus die Zeit gekommen, im Klartext lange zurückgehaltene Ziele zu artikulieren. So äußerte 1991 Bundeskanzler Kohl: „Deutschland hat seine Geschichte abgeschlossen, es kann sich offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.“ Sein Justizminister Kinkel schwärmte: „Nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zwei-

Mann zu bringen: Demokratie und deren große Schwester, die Menschenrechte. Sie gehören zum Selbstverständnis der BRD, der Einsatz für ihre weltweite Verwirklichung hat sie zur moralischen Großmacht werden lassen“.

Die Stichworte für Nooke werden vom Bundespräsidenten und von der Regierung vorgegeben.

Herr Köhler drückte es in seiner schlicht-lächelnden Art folgendermaßen aus: „Dabei sind als Weltverbesserer gerade auch wir Deutsche gefragt und können gute Geschäfte machen.“ Besser kann der Zusammenhang zwischen Missionarischem und Renditeerwartung kaum formuliert werden!



Gegenüber Rußland wird seit Jahren die Forderung nach Erweiterung bürgerlicher Rechte erhoben. Putin wurde von bundesdeutschen Politikern und Medien als „autokratischer Herrscher“ eingestuft. Nach der Wahl Medwedjews zum Präsidenten beeilte sich BRD-Regierungssprecher Steg festzustellen, daß bei dieser Wahl demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze „nicht durchgehend eingehalten“ worden seien.

Die Bundeskanzlerin meinte während des Berlin-Besuchs Medwedjews: „Insgesamt glauben wir, daß wir natürlich noch an verschiedenen Stellen in Rußland auch Entwicklungen sehen würden, die eine größere Offenheit, auch eine Betätigung für Organisationen sehen würde.“ (*Für das Gestammel sind nicht wir zuständig. – d. Red.*)

Außenminister Steinmeier bot deshalb an, deutsche „Entwicklungshilfe für das russische Rechtssystem zu geben“. Welchen Kräften und Organisationen eine „größere Offenheit“ und Raum für „Betätigung“ gegeben werden soll, erhellen gewisse

Aktivitäten Steinmeiers während seines Moskau-Aufenthalts: Er traf sich mit dem US-gesponserten „Oppositionsführer“ Karpow und lud führende Vertreter der Oppositionspartei „Union der Rechtskräfte“ in die bundesdeutsche Botschaft ein, um mit ihnen „die Lage nach dem Machtwechsel zu beraten“. Inzwischen mahnte Steinmeier an, den in Sibirien einsitzenden ehemaligen Milliardär Chodorkowski doch nach Moskau zu verlegen.

Frau Merkel empfing unterdessen im Kanzleramt den weißrussischen „Oppositionsführer“ Melinkewitsch. Den demokratischen Aufbruch der Völker Lateinamerikas, der Alternativen zum global agierenden Raubtierkapitalismus weist, diffamierte die Kanzlerin als Werk „linker Populisten“.

Im Ringen um eine Friedensfindung im Nahen Osten befindet Frau Merkel, daß der Sieger bei den palästinensischen Parlamentswahlen 2006 als Gesprächspartner „nicht in Frage“ komme!

Im Rahmen einer von Politik und Medien der BRD seit Jahren vorgetragenen antichinesischen Kampagne, in der unter verschiedenen Aspekten versucht wird, China „Menschenrechte zu lehren“ und das Gespenst der „Gelben Gefahr“ zu beschwören, wird die Volksrepublik für Preissteigerungen bei Milch und Milcherzeugnissen sowie weiteren Lebensmitteln und Treibstoff in Deutschland und der Welt verantwortlich gemacht! Die Bundeskanzlerin bemüht primitive Instinkte: „Wenn die plötzlich doppelt so viele Nahrungsmittel verbrauchen, als sie das früher gemacht haben, und dann auch 100 Millionen Chinesen beginnen Milch zu trinken, dann verzerren sich unsere gesamten Milchquoten und noch vieles andere.“

Wilhelm II. setzte sein Expeditionskorps gegen China in Bewegung, um dem Kolonialdrang des deutschen Imperialismus Bahn zu brechen. Diesmal begnügte man sich noch mit seiner Scheinheiligkeit, dem Dalai Lama, der in Tibet konterrevolutionäre Kräfte zum Separatisten-Aufstand anstachelt. Mit Unterstellungen eines „kulturellen Völkermords“ durch China wurde eine globale Haßkampagne losgetreten, die auch den BRD-„Menschenrechtsbeauftragten“ mit der Forderung nach Boykott der Peking Olympischen Spiele auf den Plan rief.

Doch was wären all die mit dem deutschen Zeigefinger erhobenen Forderungen und „Ratschläge“ ohne die von einem CDU-Kanzler beschworene „Rückkehr zur Normalität“ und die später von einem SPD-Kanzler programmierte „Enttabuisierung des Militärischen“?

Vor Jahren schon brüstete sich der damalige Bundeswehrminister Struck: „Wir sind weltweit hinter unseren amerikanischen Freunden der größte Truppensteller für internationale Einsätze.“ Großkotzig hatte Struck als Parole ausgegeben: „Mögliches Einsatzgebiet ist die ganze Welt.“

Anlässlich des Bundeswehreinsatzes in der rohstoffreichen Republik Kongo erläuterte der gegenwärtige Bundeswehrminister

Jung, die Operation sei nicht nur aus „humanitären Gründen“ erfolgt. Kongo gehöre schließlich zu den ressourcenreichsten Ländern der Welt. Insofern läge die Truppenentsendung „auch im Interesse einer besseren wirtschaftlichen Zukunft für uns und unsere Märkte.“ Der deutsche Menschenrechtsim-

perialismus ist zum Hoffnungsträger für heutige und künftige Maximalprofit-Erwartungen geworden. Da lohnt es sich schon, die Zahl der Auslandseinsätze der Bundeswehr und der an ihnen beteiligten Soldaten weiter zu erhöhen.

Es geht darum, wie es in der Verteidigungspolitischen Richtlinie von 2003 hieß, den Anspruch Deutschlands auch als „Gestalter und Träger internationaler Politik“ durchzusetzen.

Natürlich benötigt die Bundeswehr für die als „humanitäre Interventionen“ deklarierten neokolonialistischen Militäreinsätze und Rohstoffkriege die dazu erforderlichen Ausrüstungen. Seit Jahren wird an strategischen Systemen für globale Einsatzmöglichkeiten mit einem Kostenaufwand von weit über 100 Milliarden Euro gearbeitet. Dem jüngsten „Weißbuch zur Sicherheitspolitik“ zufolge wird die Marine „in die Lage versetzt, dauerhaft auch in großer Entfernung und unter Bedrohung von fremden Küsten operieren zu können“.

„Grundsätzlich gilt es“, heißt es hier an anderer Stelle, „maritime Fähigkeiten aufzubauen, die es den Streitkräften der Bundesrepublik Deutschland gestatten, die See als stets verfügbares weltweites Aufmarsch- und Operationsgebiet zu nutzen“.

Und in der Luft? „Mit ihren umfassenden und besonderen Fähigkeiten zur Wirkung in und aus der Luft – dies schließt auch den Weltraum ein – trägt die Luftwaffe zur Sicherheit Deutschlands bei.“

An der sogenannten East-Side-Gallery, einem der Berliner Mauerreste, konnte man die Worte lesen: „Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.“

Der Verfasser dieser Losung kehrte Clausewitz einfach um. Die vom „deutschen Wesen“ diktierte heutige Außenpolitik der Bundesrepublik verkörpert den Imperialismus alter Schule und fährt auf zwei Gleisen: als kriegführende Macht und als die politische Leitfunktion beanspruchender Staat.

Bleibe dieser Kurs vorherrschend, stünde es äußerst schlecht um die Zukunft der Menschen auch des eigenen Landes.



Drei deutsche Nationalhymnen

Von einem, der 1951 mit der „Wilhelm Pieck“ in See stach

Mai 1991. Bei frühlingshaftem Wetter fahren wir auf der Autobahn in Richtung München. Neben mir sitzt meine Frau Helga. Beide sind wir gespannt, was uns erwartet. Unser Ziel ist das Schulungszentrum Herrsching am Ammersee. Dort soll ich an einem Seminar des Seniorenverbandes BRH teilnehmen. Seit zwei Monaten, ab Gründung des BRH-Landesverbandes Brandenburg, bin ich stellvertretender Landesvorsitzender, eine Aufgabe, für die mir noch die rechte Zuversicht und die Sachkenntnis fehlen.

Fünf Monate bin ich bereits arbeitslos – Empfänger von Altersübergangsgeld.

Nach 40 Jahren engagierter und verantwortungsvoller beruflicher Tätigkeit, bei der ich an ein rückhaltloses Engagement gewöhnt war, fühle ich mich mit 59 Jahren zwar noch geistig und körperlich fit, werde aber „nicht mehr gebraucht“.

Auf der Fahrtstrecke gehen meine Gedanken zurück. Vor genau 40 Jahren, im Mai 1951, nahm ich als 19jähriger auf der Warnow-Werft in Warnemünde unter seefahrtbegeisterten jungen Leuten am Stapellauf des „Schiffs der Jugend“ teil. Diese Schonersbrigg, ein erster Stahlschiffsneubau der DDR, wurde in Anwesenheit von Präsident Wilhelm Pieck auf dessen Namen getauft. Man hatte mich damals für die erste Besatzung des Segelschulschiffes ausgewählt.

1991 – 40 Jahre später –, nachdem meine Lebensmaxime und mein Wertesystem durch die „Wende“ einen Bruch erlitten haben, bilden die Zukunftserwartungen für mich ein völlig neues Spannungsfeld. Eingeschlossen ist auch die Sorge um unsere drei Töchter, die Schwiegersöhne und Enkel. Wird sich alles so geschwind und erbarmungslos zeigen wie das neue Tempo auf Deutschlands Autobahnen?

In Herrsching treffe ich Gleichgesinnte aus den östlichen BRH-Verbänden. Prof. Dr. Dr. Starke, ein altgedienter Beamter und BRH-Funktionsträger aus dem Westen, eröffnet das Seminar. Inhaltliche Zielvorgabe: „Der Rechtsstaat und seine Institutionen, die sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland, Ziel, Inhalt und Methoden der Tätigkeit des BRH.“ Viel Theorie zu einer Praxis, die mir noch völlig fremd ist.

Zunächst erfolgt die gegenseitige Vorstellung der Seminarteilnehmer. Zaghafte schildern einige ihre Vergangenheit in

der DDR. Zwei nennen sogar – auf Mitleid bedacht – ihre einstigen Parteistrafen. Bin ich hier falsch?, geht es mir durch den Kopf. Ich selbst habe der DDR stets im besten Glauben treu gedient. Ich war mit diesem Land verbunden. Erinnerungen an ein Stück deutscher Geschichte



und an eine faszinierende Jugendzeit kommen auf.

Ich spüre, daß mein Kollege Siegfried Zimmermann aus Frankfurt/Oder die gleichen Gedanken hat. Wir sind uns beide darin einig, zu unserem Leben in der DDR zu stehen. Als ich an der Reihe bin, bekenne ich mich zu meiner Vergangenheit und zu meiner Identität. Nicht ohne Stolz verweise ich darauf, daß ich in der DDR die Gelegenheit hatte, als Arbeiterjunge eine akademische Ausbildung zu erhalten und den Grad eines Doktors der Pädagogik zu erwerben.

Ein weiterer „Höhepunkt“ der Seminareröffnung ist, daß wir uns anfassen sollen, um die „deutsche Nationalhymne“ zu singen. „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland ...“ Nichts ist mir innerlich fremder als diese Hymne. Bei der Melodie läuft mir ein seltsamer Schauer

über den Rücken. Vor meinen Augen wird der Kriegsmonat Januar 1945 wach.

Als 13jähriger mußte ich damals an einem Wehrrüchtigungslager des faschistischen Jungvolks teilnehmen. Verwundete Ritterkreuzträger, mit nur einem Auge oder nur einem Arm, waren unsere Ausbilder am

leichten Maschinengewehr und an der Panzerfaust. Wir sollten die nächste Welle der Kindersoldaten werden, um dem schon verlorenen Krieg noch eine „Wendung“ zu geben.

Wegen eines geringen Disziplinverstoßes wurde ich damals in voller Winteruniform in einen großen Duschaum gesperrt. Unter wechselnder heißer und kalter Dusche mußte ich das Deutschlandlied singen. „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt ..., Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt.“

Diese Hymne, seit 1940 gekoppelt mit dem Horst-Wessel-Lied der Nazis, hatte man uns zur Genüge eingebleut.

Die ursprünglichen Gedanken und Erwägungen eines Hoffmann von Fallersleben – das „Lied der Deutschen“ war 1841 auf Helgoland entstanden – wurden uns von den Naziausbildern bewußt vorenthalten. Erst viel später begriff ich, wo eigentlich Maas, Memel, Etsch und Belt geographisch lagen.

Und nun beim BRH soll ich dieses fluchbeladene Lied wieder singen. Meine Kehle ist wie zugeschnürt.

Von 1949 bis zum 3. Oktober 1990, in meinem ganzen Arbeitsleben, hatte ich mit Herz und Verstand eine andere deutsche Hymne,

jene von Becher und Eisler, verinnerlicht: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland einig Vaterland ...“

Als die „Wilhelm Pieck“ unter diesem Hymnus ins Warnemünder Wasser glitt, nahm auch der weitere Text „... deutsche Jugend, bestes Streben unseres Volks in dir vereint ...“ für mich konkrete Gestalt an.

Zu jener Zeit war das Deutschlandlied nach der totalen Niederlage des Hitlerfaschismus vom Alliierten Kontrollrat für alle Besatzungszonen noch verboten. Erst am 6. Mai 1952 wurde die dritte Strophe durch die Adenauer-Regierung als Nationalhymne eingeführt.

Für mich als Seemann und Funktionsträger im Sport spielten Flaggen und Hymnen immer eine besondere Rolle. Ich hatte die unseren im Reisegepäck, als zur Zeit des kalten Krieges versucht wurde, die



Wilhelm Pieck beim Stapellauf des „Schiffs der Jugend“: „Wenn Ihr einmal auf den Meeren in die Welt hinausfahrt, zeigt den Völkern durch Eure politische Haltung und Euer fachliches Können, daß in der Deutschen Demokratischen Republik eine neue Jugend heranwächst, die durchdrungen ist vom Geist des Friedens und der Völkerfreundschaft.“

DDR und deren Symbolik zu diskriminieren. Ich schämte mich als Mannschaftsleiter gemeinsam mit erfolgreichen Sportlern, die Welt- und Europameisterschaftstitel erwarben, nicht der Freudentränen, wenn die DDR-Hymne erklang und die schwarz-rot-goldene Flagge mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz am Mast emporstieg. Erlebnisse in Paris, Wien, Rom, Amsterdam, Moskau, Hannover und vielen anderen Städten oder Orten der Welt bleiben in der Erinnerung haften.

Als gebürtiger Jenenser habe ich eine innere Beziehung zu den Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold, den Farben der alten Burschenschaft und deren Grundsätzen von Ehre, Freiheit und Vaterland. Für mich war vier Jahrzehnte lang die DDR mein Vaterland. Nun werde ich beim BRH erstmals nachdenklich über den Inhalt der Begriffe: „Einigkeit und Recht und Freiheit“ in bezug auf den Staat, der mir ein neues Vaterland sein will.

Etwa Einigkeit nach der Version eines uns übergestülpten „Einigungsvertrages“, wo jene, die ihn unterschrieben, schnell wieder von der politischen Bühne verschwanden oder in die Nähe von kriminellen Machenschaften à la Krause gerieten? Der Anschluß war eher ein Machtkampf mit ungleichen Mitteln und Personen. Man könnte ihn treffender als Abkommen über die Auflösung der einen zugunsten der anderen Seite bezeichnen. Es ging allein um Sieger und Besiegte. Einigkeit im Sinne von CDU-Politikern, die 1991 verkündeten: „Wir werden sie (die Intelligenz der DDR) nicht in Lager sperren, sondern an den sozialen Rand drängen.“ Oder eine „Einigkeit“, bei der pauschale „Opfer“ ihre pauschalen „Täter“ suchen?

Es gibt aber auch eine Einigkeit in Form gegenseitiger Achtung und Anerkennung, wie ich sie in den ersten Monaten meiner BRH-Mitgliedschaft erlebte. Der damalige BRH-Bundesvorsitzende Hermann Lumm und andere aus dem Westen waren dazu

bereit. In diesem Sinne äußerte sich bereits 1815 Ernst Moritz Arndt – an der Greifswalder Universität, die seinen Namen trägt, habe ich promoviert – in einem Brief an einen schwedischen Freund: „Von innen heraus soll die Wiedergeburt wirken, dann kommt das Äußere von selbst.“

Der Inhalt des neuen Rechtsbegriffs wird mir vor allem durch prägende persönliche Erlebnisse im BRH am wenigsten verständlich. Das 1991 verabschiedete Rentenüberleitungsgesetz, welches wir von Anfang an heftig kritisierten, lag schon nach zehn Jahren zur Schmach seiner geistigen Väter zertrümmert in der rechtspolitischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland. Nahezu ein Jahrzehnt lang versuchten Gesetzgeber und Gerichte in Begründungen, Gutachten und Urteilen die pauschalen und willkürlichen Rentensanktionen gegen ausgewählte Berufsgruppen zu rechtfertigen.

Im Rahmen meiner 13jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit im BRH (1991–2003), die sich besonders auf das Gebiet der Rentenberatung erstreckte, kam ich mit Hunderten von Rentnerschicksalen in Berührung. Angehörige der Intelligenz und des öffentlichen Dienstes der DDR zeigten mir ihre Rentenbescheide, in denen, durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts inzwischen bestätigt, verfassungswidrige oder nicht-verfassungskonforme Kappungen vorgenommen wurden.

Ich sehe sie vor mir, oft verbittert und enttäuscht: den Professor, den Generalmajor, den Bürgermeister, den Kapitän zur See, die Witwe eines ehemaligen Offiziers der NVA, den Arzt, den Forschungsdirektor eines auf dem Weltmarkt anerkannten Betriebes der DDR, die Lehrerin und die Schulrätin, den Richter und die Staatsanwältin, den Hausmeister eines Sportzentrums von Dynamo, den Polizisten und den Feuerwehrrhauptmann, den Diplomingenieur, die Mitarbeiterin des Staatsapparates, den Sportfunktionär, den Künstler und den Schriftsteller, den Vorsit-

zenden einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft und viele andere. Sie alle suchten Rechtsschutz wegen pauschaler Kappungen ihrer Altersversorgung. Sie fühlten sich auf Lebenszeit zu Bürgern 2. Klasse degradiert. Ich erlebte Sozialgerichtsverfahren, in denen die gedemütigten Kläger keine Chance hatten und die Vertreter der beklagten Versorgungs- und Rententräger sich so sicher über den Ausgang waren, daß sie zur Urteilsverkündung der „unabhängigen Gerichte“ gar nicht einmal mehr erschienen. In Hunderten von Briefen, Protestschreiben und Gesprächen haben wir um unser Recht gekämpft. Der BRH bot uns eine politische Bühne und den rechtlichen Rahmen, unsere Standpunkte zu interpretieren und ihnen den notwendigen juristischen Nachdruck zu verleihen.

„Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand“, heißt es weiter in der dritten Strophe des Deutschlandliedes. Empfinden wir diese Art von Freiheit wirklich als Glück? Ist es die Freiheit, die wir meinen? Der philosophische Streit um den Freiheitsbegriff ist sehr alt. Die Antwort liegt jeweils im Blickwinkel des Betrachters, ist an historische Zeiträume gebunden und von der sozialen Stellung des einzelnen abhängig. Die Ansichten der Jenaer Ur-Burschenschaften von 1816 unterschieden sich von jenen, welche unsere Generation bewegten und bewegen. Oder von jenen, nach denen heute nicht wenige junge Leute streben.

Mir kommt der Ausspruch des französischen Philosophen Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) in den Sinn: „Was nützt die politische Freiheit, wenn die wirtschaftliche Sklaverei bestehen bleibt ...“, die Freiheit, die jeder Europäer zu genießen glaubt, ist nur die Freiheit, einen Herrn zu verlassen und sich einem anderen auszuliefern.“

Das Wort „Freiheit“ geht Angela Merkel und ihresgleichen gar flott von der Zunge. Doch welchen Vorteil bringt dem arbeitslosen jungen Mann die Freiheit zu reisen, wenn er nicht einmal eine anständige Bleibe zu bezahlen vermag? Was hilft dem emeritierten Akademiker der DDR die Freiheit, jetzt in aller Welt an wissenschaftlichen Kongressen teilnehmen zu können, wenn er nur ein Viertel der Altersbezüge seiner Berufskollegen im Westen erhält und seine Flügel dorthin nicht finanzieren kann?

Der Austausch über unsere und ihre Werte, über unsere und ihre Vergangenheit muß, wenn er fruchtbar sein soll, auf gleicher Augenhöhe erfolgen. Die Anerkennung unserer Lebensleistung als DDR-Bürger, die Würdigung unserer Biographien ist ein Gebot der Fairneß und der historischen Wahrheit.

Wie sich jetzt, nach fast 18 Jahren deutscher „Einheit“ immer deutlicher zeigt, sind dabei noch große Wegstrecken zu bewältigen. Bezogen auf die Vollendung des Gedankens „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ fühle ich mich mit den Worten Goethes in Übereinstimmung: „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“

Dr. Helmut Sieger, Korvettenkapitän a. D.